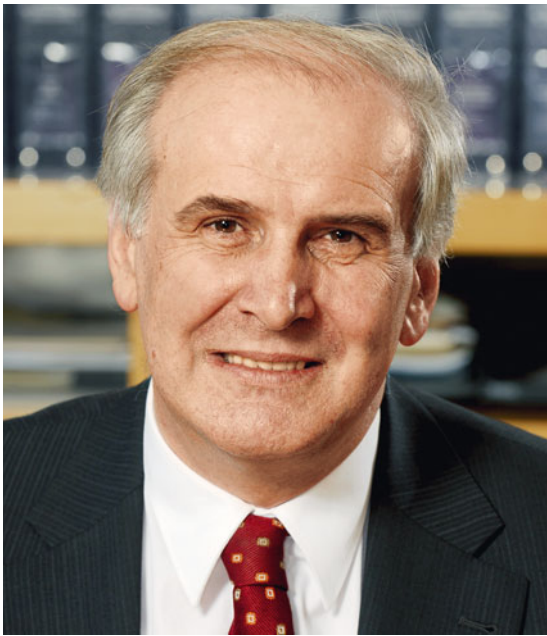


Liechtenstein

Transparenz in einer globalisierten Wirtschaft

Editorial von Otmar Hasler, Regierungschef a.D., Partner, Kaiser Ritter Partner



Transparenz ist in aller Munde und wird in einer immer stärker vernetzten Welt als Lösung der stets komplexer werdenden Problemstellungen gesehen.

Good Governance ohne transparente Führungsstrukturen und Führungskultur ist nicht möglich. Seit dem Zusammenbruch weltweit tätiger Banken und der internationalen Bankenkrise, ausgelöst durch die Subprime-Krise in den USA, hat die internationale Staatenwelt Anstrengungen in noch nie dagewesenem Ausmass zur Verhinderung des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft unternommen. Verbesserte Aufsicht, mehr Transparenz sind die Schlüsselworte im Arsenal der Massnahmen, die ergriffen werden sollen, um eine nächste Krise zu verhindern.

Staaten mit einem Bankgeheimnis wurden alsbald als eines der ausschlaggebenden Probleme gesehen. Die G20 erklärten in einem Presseausgang die Zusammenarbeit in Steuerfragen, die Herstellung von Transparenz und das Ende des Bankgeheimnisses als unabdingbar.

Nun, wenn man der Sache auf den Grund geht, so wird schnell sichtbar, dass die Frage der undeckelten Vermögen eine Frage weltweiten Ausmasses ist und nicht auf die Länder mit einem ausgesprochenen Bankkündengeheimnis reduziert werden kann. In diesem Zusammenhang wird das Bankgeheimnis gerne auf die Frage der Steuerzusammenarbeit verkürzt und von Intransparenz gesprochen.

Kürzlich hat die Organisation Tax Justice Network eine bemerkenswerte Studie zu den 60 interessantesten Finanzplätzen veröffentlicht. Dabei wurde anhand aufgelisteter Kriterien der Grad der Geheimhaltung, mit anderen Worten der Intransparenz, festgestellt. Die Beurteilung beschränkte sich nicht auf private Vermögen, denn wesentliche Einnahmen gehen Industrie- und Entwicklungsländern durch die Steuervermeidungspraktiken transnationaler Unternehmen verloren. Auch stehen Korruption, organisiertes Verbrechen und Steuerflucht oft in engem Zusammenhang.

Die Liste sieht denn auch an vorderster Front nicht nur sogenannte Offshore-Länder, sondern Finanzplätze wie Delaware, Nevada, London und gibt interessante Denkanstösse.

Den Problemen der Finanzkrise auf den Grund zu gehen, ist eine Chance für Staaten wie Liechtenstein oder die Schweiz. Mit einer griffigen Gesetzgebung gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption, mit einem transparenten Steuerrecht, mit einer starken Aufsicht sollten diese Länder ein berechtigtes Interesse haben, die Frage der Transparenz offensiv zu diskutieren. Nur wenn anhand objektiv nachvollziehbarer Kriterien weltweit derselbe Standard festgelegt wird, werden wesentliche Nachteile derjenigen Staaten, die strengere Massstäbe zur Verhinderung der organisierten Kriminalität, zur Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten von Geldtransaktionen, an die Sorgfaltspflichten für Finanzintermediäre angelegt haben, verhindert.

Mit der Erklärung vom 12. März 2009 hat die liechtensteinische Regierung einen strategischen Ansatz für die zukünftige Finanzplatzpolitik gewählt.

Dabei anerkennt sie die Standards der OECD. Um den Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten, muss einerseits darauf geachtet werden, dass das Neugeschäft steuerkonform ist und andererseits vernünftige Konditionen zur Regularisierung der bestehenden Kundenbeziehungen zwischen den Vertragspartnern vereinbart werden. Das liegt im Interesse beider Vertragspartner und zeigt, dass Liechtenstein sich seiner Verantwortung gegenüber den Kunden, die ihr Vertrauen in seine Rechtsordnung gelegt haben, bewusst ist und seine Verantwortung wahrnimmt. Denn nebst der berechtigten Forderung nach mehr Transparenz in den weltweiten Wirtschaftsbeziehungen werden Vertrauen und der Schutz der Privatsphäre weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

www.kaiser-ritter-partner.com ●